

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Rainer Stinner, Gudrun Kopp, Rainer Brüderle, Daniel Bahr (Münster), Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Eberhard Otto (Godern), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Auswirkungen des WTO-Beitrittes und der wirtschaftlichen Entwicklung der Volksrepublik China

Am 11. Dezember 2001 ist die Volksrepublik China als 143. Mitglied der Welt handelsorganisation (WTO) beigetreten. Kritiker haben damals angemerkt, dass China die Beitrittskriterien nicht vollständig erfüllen würde. China befindet sich inmitten eines beispiellosen Wirtschaftsaufschwungs. Noch nie in der Geschichte hat sich ein so großes Land derart rasant entwickelt. Mit diesem starken Wachstum sind Chancen und Risiken verbunden, sowohl für China als auch für die Weltwirtschaft. Globale Handels- und Investitionsströme werden sich gegenüber heute deutlich verschieben. Schon heute zeigen sich die Auswirkungen etwa in Form von Rohstoffengpässen. Deutschland als führende Exportnation in der Welt wird von den Veränderungen in China im besonderen Maße betroffen sein.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hoch schätzt die Bundesregierung das Wachstumspotenzial der chinesischen Wirtschaft für die nächsten Jahre ein?
2. Welche grundsätzlichen Strukturrisiken für das Wirtschaftswachstum sieht die Bundesregierung in der inneren Situation Chinas?
3. Hält die Bundesregierung ein durchschnittlich 7-prozentiges Wirtschaftswachstum pro Jahr, das nach Ansicht von Experten notwendig ist, um die soziale Situation in China stabil zu halten, in den nächsten Jahren für realistisch?
4. Wie beurteilt die Bundesregierung die akuten bisherigen Bemühungen der chinesischen Regierung, die überhitzte Konjunktur zu dämpfen (z. B. Erhöhung der Reserveanforderungen an die Banken, Drosselung der Kreditvergabe, Überprüfung von großen Investitionsprojekten oder neue Preiskontrollen) und welche Auswirkungen haben diese Bemühungen nach Ansicht der Bundesregierung?
5. Welche Chancen für die deutsche Volkswirtschaft sieht die Bundesregierung in der dynamischen chinesischen Wirtschaftsentwicklung und dem WTO-Beitritt Chinas?

6. Welche Branchen in Deutschland profitieren nach Auffassung der Bundesregierung davon besonders?
7. Welche Branchen sind nach Auffassung der Bundesregierung negativ betroffen?
8. Wie hoch war das Volumen der Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in den vergangenen 15 Jahren in China (bitte pro Jahr ausweisen)?
9. Wie wird sich nach Auffassung der Bundesregierung das Volumen der Direktinvestitionen in den kommenden zehn Jahren entwickeln?
10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass sich durch Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland Arbeitsplätze in Deutschland langfristig sichern lassen?
11. Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Gründe für die Standortverlagerung deutscher Unternehmen nach China?
12. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Unternehmen vor, deren Investitionen in China gescheitert sind, insbesondere zu den Gründen dieses Scheiterns?
13. Wie hat sich der deutsch-chinesische Handel in den letzten zehn Jahren entwickelt (bitte pro Jahr gestaffelt nach Importen und Exporten ausweisen)?
14. Wie werden sich nach Einschätzung der Bundesregierung die Handelsbeziehungen in den kommenden Jahren entwickeln?
15. Welche Auswirkungen hat das chinesische Wachstum auf die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft?
16. Wie viele Chinesen sprechen nach Kenntnis der Bundesregierung deutsch?
17. Wie viele Deutsche sprechen nach Kenntnis der Bundesregierung Chinesisch?
18. Wie viele Chinesen haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren in Deutschland studiert?
19. Wie viele Deutsche haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren in China studiert?
20. Welche Initiativen unternimmt die Bundesregierung, um deutsche Universitäten für chinesische Studenten attraktiver zu machen?
21. Welche Initiativen unternimmt die Bundesregierung, um deutschen Sprachunterricht in China zu fördern?
22. Wird die Volksrepublik China nach Ansicht der Bundesregierung auch bei anhaltendem Wachstum seine Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll erfüllen können?
23. Falls nein, welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?
24. Trifft es nach Meinung der Bundesregierung zu, dass sich die Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen des Kyoto-Protokolls kostengünstiger realisieren ließen, wenn deutsche Unternehmen durch Investitionen in China (z. B. Löschung brennender Kohleflöze) zur Einsparung von Treibhausgasemissionen beitragen könnten?
25. Wenn ja, wird dies nach Auffassung der Bundesregierung durch die jetzt geplante Ausgestaltung des Treibhausgasemissionshandels in Deutschland ermöglicht?
26. Welche Auswirkungen hätte ein unvermindertes chinesisches Wirtschaftswachstum auf die weltweiten Rohstoffmärkte?

27. Rechnet die Bundesregierung aufgrund des chinesischen Wachstums mit anhaltenden Preissteigerungen für Rohstoffe, insbesondere Öl, Kohle, Aluminium, Kupfer und Zinn?
28. Sieht die Bundesregierung eine ausreichende Versorgung der deutschen Industrie mit Rohstoffen trotz der Nachfragesteigerungen in China dauerhaft gesichert, und wenn nein, welche Initiativen ergreift die Bundesregierung, um prognostizierte Engpässe zu verhindern?
29. Sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland aufgrund der gestiegenen Rohstoffpreise und der Rohstoffknappheit in einzelnen Bereichen Arbeitsplätze vernichtet worden, und wenn ja in welcher Größenordnung?
30. Welche Branchen sind von den Preissteigerungen besonders betroffen?
31. Wie beurteilt die Bundesregierung die Absicht der chinesischen Regierung, in den nächsten Jahren acht neue Kernkraftwerke zu errichten, um den Energiebedarf seiner Volkswirtschaft zu sichern?
32. Bewerben sich nach Kenntnis der Bundesregierung auch deutsche Unternehmen um den Bau der vier von ausländischen Betreibern zu errichtenden Kernkraftwerke?
33. Wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang?
34. Wie bewertet die Bundesregierung die Meldung der Bundesbank, es komme aufgrund der hohen Nachfrage nach Stahl durch China zu Schwierigkeiten bei der Euro-Münzprägung in Deutschland?
35. Welche Konsequenzen hat diese Entwicklung nach Kenntnis der Bundesregierung für die Automobilindustrie in Deutschland?
36. Wie beurteilt die Bundesregierung die Einigung der EU mit China über chinesischen Koks-Export nach Europa und welche Position vertritt die Bundesregierung bei den Verhandlungen für die folgenden Jahre?
37. Erfüllt China nach Ansicht der Bundesregierung grundsätzlich seine Verpflichtungen aus dem WTO-Beitritt?
38. In welchen Bereichen gibt es nach Ansicht der Bundesregierung noch Defizite bei der Umsetzung des WTO-Regelwerks?
39. Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, um sich für eine Behebung dieser Defizite einzusetzen?
40. Sind die Zugangsvoraussetzungen für ausländische Finanzdienstleister nach Ansicht der Bundesregierung WTO-konform, und wenn nein, in welchen Bereichen sieht sie Änderungsbedarf?
41. Wie beurteilt die Bundesregierung den Marktzugang für ausländische Bauunternehmen?
42. Welche Auswirkungen wird die Abschaffung der Höchstmengen für Textilwaren ab 2005 nach Ansicht der Bundesregierung auf die deutsche Textilindustrie haben?
43. Welche Position vertritt die Bundesregierung bei dem Dialog, den die EU mit China zu diesem Thema führt?
44. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige chinesische Verhandlungsstrategie im Rahmen der Doha-Runde?
45. Wie bewertet die Bundesregierung die beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao am 6. Mai 2004 zwischen China und der EU unterzeichneten Zollabkommen und hält sie insbesondere die Regelungen zur Eindämmung der Produktpiraterie für ausreichend?

46. Wie bewertet die Bundesregierung die wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des chinesischen Wirtschaftswachstums auf die ASEAN-Staaten?
47. Wie bewertet die Bundesregierung das Rahmenabkommen über umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen ASEAN und China, das die Errichtung einer Freihandelszone bis zum Jahr 2010, bzw. 2015 vorsieht?
48. Wie bewertet die Bundesregierung die chinesische Politik innerhalb der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) und wie beurteilt sie die Möglichkeit eines engeren Zusammenschlusses der APEC-Staaten im Rahmen einer Freihandelszone?
49. Welche Auswirkungen hätte nach Ansicht der Bundesregierung eine deutliche Zinserhöhung der US Federal Reserve Bank auf die Auslandsinvestitionen und das Wirtschaftswachstum in China?
50. Wie bewertet die Bundesregierung die chinesische Wechselkurspolitik?
51. Erwartet die Bundesregierung in absehbarer Zeit eine Freigabe des Wechselkurses des Yuan?
52. Welche langfristigen Auswirkungen hat nach Ansicht der Bundesregierung der hohe Anteil notleidender Kredite im chinesischen Bankensystem?
53. Welche Auswirkungen wird nach Ansicht der Bundesregierung die Aufhebung von Zugangsbeschränkungen zum chinesischen Bankensystem bis Ende 2006 auf das internationale Finanzsystem haben?
54. Wie schätzt die Bundesregierung die Rechtssicherheit von ausländischen Unternehmen in China ein?
55. In welchen Bereichen sieht die Bundesregierung noch Defizite und welche Initiativen ergreift sie, um diese Defizite zu vermindern?
56. Wie wird sich nach Ansicht der Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung in China auf die Menschenrechtssituation auswirken?
57. Welche konkreten Auswirkungen hat nach Ansicht der Bundesregierung die Aufnahme des Schutzes des privaten Eigentums in die chinesische Verfassung?
58. Wie beurteilt die Bundesregierung die kürzlich erfolgte Schließung von Internet-Cafes aus Sicht der Wirtschaft und aus Sicht der Menschenrechte?
59. Wie bewertet die Bundesregierung die Bemühungen der chinesischen Regierung zur Eindämmung von Korruption?
60. Wie bewertet die Bundesregierung die Aufforderung des chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao, die Wirtschaftsbeziehungen und Rüstungslieferungen nicht von der Menschenrechtssituation abhängig zu machen?
61. Hält die Bundesregierung die Einladung Chinas zu den G8-Gipfeln vor dem Hintergrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung für sinnvoll?

Berlin, den 30. Juni 2004

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion